Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Zweiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 788.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 10. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Amtliches.

Berlin, 8. November. Der König hat geruht: den Charakter als Justiz-Rath zu verleihen: den Rechtsanwalten und Notaren Krieger in Tilsit, Engelmann und Alscher in Königsberg i. Pr., von Massenbach in Braunsberg, Reichert in Thorn, Leyde in Pr. Stargardt, Pfleffer, Mellien, Heilbronn, Löwy, Levin und Hecker in Berlin, Rasche in Wittstock, Oberbeck in Brandenburg, Voigt in Fürstenwalde, Lauck in Seelow, Krause in Greifenhagen, Kutscher in Stolp, Fitzau und Puchta in Bütow, Kirchhoff in Greifswald, Mannkopf in Cöslin, Furbach in Stettin, Walleiser in Schrimm, Klemme und Mützel in Posen, von Chappuis in Waldenburg, Wiener und Lubowski in Breslau, Toepffer und Morgenroth in Beuten, Huck in Gleiwitz, Grauer in Neisse, Giller in Nikolai, Hohnhorst in Oppeln, Dr. Dreyer in Görlitz, Leonhard und von Frankenberg in Magdeburg, Treuding in Burg, Kosegarten in Nordhausen, Lüdecke in Neuhaldensleben, Danner in Mühlhausen i. Th., Kortum in Halberstadt, Grube in Merseburg, Hermann in Torgau, Vette in Wittenberg a. E., Schlieckmann in Halle a. S., Wiggers in Rendsburg, Loeck in Oldesloe, Philipp in Altona, Feldmann in Kiel, Weddige in Rheine, Werne in Siegen, Viebahn, Möger und Kindermann in Dortmund, von Bruchhausen und Schlüter in Essen, Geck in Hagen, Hellmann in Iserlohn, Teuto in Brilon, Lennich in Hamm, Forstmann in Bielefeld, Droege in Arnsberg, den Rechtsanwalten Preuschoff in Elbing, Neumann in Berlin, Abel, Dr. von der Hellen und Hoppe in Hannover, Egersdorff in Lüneburg, Dr. Großmann in Wiesbaden, Ludwig Georg Euler, Schenk und Bessel in Cöln, Wenzel in Trier, Weber in Aachen, Adams in Coblenz und Dr. Lüntzel, jetzt in Leipzig, den Notaren Hentrich in Groß-Salze, Dr. Louis Götting in Hildesheim, Regendank in Langensalza, Otto in Düsseldorf, Meckel in Opladen, Jansenius in Düren und Scheuer in Jülich.

Dem Musikdirektor und Organisten August Gottfried Ritter zu Magdeburg, und dem Vorsteher eines Konservatoriums für Musik Hugo Schwantzer in Berlin ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden.

Der Geheime Ober-Justiz-Rath und vortragende Rath im Justiz-Ministerium Droop, der Geheime Ober-Justiz-Rath und vortragende Rath im Justiz-Ministerium Kurlbaum II., der Kammergerichts-Rath, Geheime Ober-Justiz-Rath Wenzel und der Geheime Regierungs-Rath und vortragende Rath im Reichs-Justizamt Dr. Eccius sind zu Mitgliedern der Justiz-Prüfungs-Kommission ernannt. Die nachgesuchte Dienstentlassung ist ertheilt: dem Landgerichts-Rath Mittweg in Essen mit Pension und dem Landrichter Lehr in Duisburg behufs Uebertritts zur Kommunalverwaltung. Der Amtsrichter van Erkelenz in Viersen ist gestorben.

Vom Landtage.

6. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 8. November, 11 Uhr. Am Ministertisch Maybach, Bitter, v. Puttkamer mit zahlreichen Kommissarien.

Die erste Berathung des Staatshaushaltsetats für 1880—81 wird fortgesetzt.

Minister der öffentlichen Arbeiten Maybach: Es wurde gestern Klage geführt über die Spekulation, welche an die Verstaatlichung der Eisenbahnen anknüpft. Auch ich beklage diese Spekulation, allein es giebt kein Mittel, sie zu verhindern; sie weiß, worauf der Staat hauptsächlich sein Auge richten muß und hat ihr Augenmerk auf dieselben Punkte gerichtet, allerdings auch auf etwas weitergehende, vielleicht zu ihrem Schaden. Daß die Spekulation mit solchem Vortheil für sich arbeitet, ist kein Schaden für den Staat; denn warum ist es den Aktionären angenehm, statt ihrer immerhin unsicheren Papiere ein sicheres Werthpapier eintauschen zu können? Das liegt in der Sicherheit der Rente und in dem zweifellosen Markt, den die Staatspapiere haben, den die Aktien aber nicht haben. Die Aktionäre sind zu der Ansicht gelangt, daß, wie ein Finanzmann sagt, es besser ist, gut schlafen, als gut essen. Daß die Regierung der Börsenspekulation absolut fern steht, brauche ich wohl nicht zu versichern. Die Frage der Rentabilität der Staatsbahnen hat das Haus schon Jahr aus Jahr ein beschäftigt. Bei Staatsbahnen kann die Frage der Rentabilität nicht in der Weise aufgeworfen werden, wie bei Privatbahnen. Wir haben eine Einnahme im Eisenbahnetat von 170,000,000 Mark, eine Ausgabe von 107,000,000 Mark, also einen Ueberschuß von 63,000,000 Mark; wollen Sie davon noch die Pensionen abziehen, trotzdem dies den Privatbahnen gegenüber nicht richtig ist, denn diese decken die Pensionen nicht aus den laufenden Einnahmen, so bleibt ein Ueberschuß von 62,000,000 Mark. Die Zinsen der gesammten Staatsschulden belaufen sich auf 59,000,000 Mark, der Ueberschuß der Staatsbahnen ist also größer, als die Zinslast der gesammten Staatsschuld. Man hat ausgerechnet, daß die Eisenbahnen nur mit 3,6 Prozent rentiren. Man hat dazu einfach das buchmäßige Kapital zu Grunde gelegt, welches sich inklusive der Bauzinsen auf 1,610,528,000 Mark beziffert. Davon sind aber abzuziehen: eine Summe von 12,000,000 Mark, welche nicht zu Eisenbahnzwecken, sondern zu Stromregulirungen der Weichsel und Nogat gelegentlich der Eisenbahnbauten verwendet sind; ferner 107,000,000 Mark, die aus den Erträgen amortisirt sind; ferner sind 102,267,000 Mark zu Meliorationen verwendet, die man sonst aus Anleihen bestreitet; endlich sind 255,480,000 Mark für Meliorations- und Militärbahnen ausgegeben, für Eisenbahnen, von denen die Regierung von vorn herein erklärt hat, daß auf eine Rente in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei. Zieht man diese Summen ab, so bleiben 1,132,000,000 Mark, die bei einem Ueberschusse von 63,000,000 Mark sich mit 5½ Prozent verzinsen würden. Wollen Sie das Kapital zu Grunde legen, für welches Zinsen bezahlt werden müssen, weil es in Staatsschulden steckt, so bleiben nur 829,419,000 Mark, die sich mit 7½ Prozent verzinsen. Die Idee der Privatbahnen ist aus England importirt, sie paßt für Preußen nicht (Sehr wahr! rechts. Widerspruch links), Preußen muß Staatsbahnen haben. Wir fragen doch nicht, ob sich die Chausseen, Kanäle und Stromregulirungen rentiren? ob sich die Festungen rentiren? Und doch sind sie da zum Nutzen des Landes. (Beifall rechts.) Sie sprechen immer von schlechten Erträgen der Staatsbahnen, glauben Sie denn, daß die vom Staat gebauten Bahnen vom Privatkapital hätten hergestellt werden können ohne Unterstützung oder Garantie des Staates? Dann würden Sie noch ganz andere Zuschüsse zu zahlen haben, als man heute herausrechnet. (Beifall rechts.) So großen Werth ich auch darauf lege, daß das Kapital eine gewisse Rente bringe, so kommt es doch auf die Rente nicht allein an. Der Gegensatz zwischen denjenigen, welche immer die Rente betonen, und der Staatsregierung besteht darin, daß nach jener Auffassung die Eisenbahnen industrielle Anstalten sind wie eine Zigarrenfabrik oder eine Aktienbrauerei: während nach der Ansicht der Staatsregierung die Eisenbahnen Anstalten zum Wohle des Landes, zur Förderung der Wohlfahrt im eminentesten Sinne sein sollen und Anstalten, die für die Vertheidigungsfähigkeit von allergrößter Bedeutung sind. Bei der Privatindustrie ist natürlich die Rente Zweck und steht in erster Linie; bei den Staatsbahnen steht die Rente in zweiter Linie. Nach der Ansicht der Vertheidiger der Privatbahnen sind dieselben eine definitive Einrichtung, während sie nach Auffassung der Regierung nur eine vorübergehende Institution sind, die nothwendig war, deren Beseitigung aber von vornherein in Aussicht genommen ist Was will man also mit den Klagen über schlechte Rente? Will man uns schlechte Betriebsverwaltung vorwerfen? (Abg. Rickert: O nein!) Wir nehmen jeden Tadel in dieser Beziehung an; wir sehen ein, daß die Nothwendigkeit vorliegt, in allen Verwaltungszweigen nach alter guter preußischer Sitte knapp zu wirthschaften; das wird, soweit es an mir liegt, vollständig geschehen. Die schlechten Zeiten kann man uns nicht vorwerfen, sie haben sich aus anderen Verhältnissen entwickelt; sie müssen unter allseitiger Mithülfe überwunden werden. Es ist darauf hingewiesen und zwar mit einer gewissen Berechtigung, daß durch den vergrößerten Staatsbetrieb der Staatshaushalt in Schwankungen käme. (Hört! links.) Ich kann dies in gewisser Beziehung zugeben bei der Bergwerksverwaltung, die in den Jahren seit 1868 ganz merkwürdige Schwankungen aufweist; es wird aber Allen erinnerlich sein, woher sie kamen. Wir schließen jetzt mit einem Nettoertrage von 9,000,000 Mark; 1873 sollte der Ueberschuß 21,000,000 Mark betragen, er belief sich auf 57,000,000 Mark; 1872 sollte er 16,000,000 Mark betragen, er belief sich auf 35,000,000 Mark. Anders liegt es bei den Staatsbahnen; wenn Sie die Nachweisung ansehen, die sich in dem sehr verdienstlichen Berichte der Budgetkommission der vorigen Session befindet, so finden sie nur Schwankungen von 4—5,000,000 Mark. Es ist eben Aufgabe einer guten Eisenbahnverwaltung, ihren Apparat so elastisch zu gestalten, daß bei zurückgehenden Einnahmen auch die Ausgaben zurückgehen können. Diesem Umstande allein ist es zuzuschreiben, daß im vorigen Jahre ein leidlicher Abschluß erzielt werden konnte und hoffentlich auch in diesem Jahre erzielt werden wird. Man hat aus den Betriebsresultaten, wie sie vom „Staatsanzeiger" publizirt werden, ein bedenkliches Präjudiz entnommen; ich kann Ihnen einige Beruhigungen geben. Die Staatsbahnen haben bis ultimo März etwas über 3,000,000 Mark Mindereinnahmen ergeben, die aber bis zum September schon bis auf 2,856,000 Mark zurückgegangen sind; der Rückgang ist also erheblich eingeholt worden. Die Hauptmindereinnahmen stecken aber bereits im vorigen Etat, denn die Uebersichten im „Reichsanzeiger" werden nach dem Kalenderjahr, nicht nach dem Etatsjahre aufgestellt. Man kann also aus diesen Anzeichen die Hoffnung schöpfen, daß man bei den Staatsbahnen besseren Verhältnissen entgegengeht; soweit durch Ersparnisse dazu mitgewirkt werden kann, wird dies unbedingt geschehen. Was die Tarifpolitik angeht, so bekenne ich offen, daß, wenn es sich darum handelt, ein Eisenbahn- oder ein Landesinteresse zurückzustellen, so bin ich geneigt, das Eisenbahninteresse zurückzustellen. (Beifall.) Insbesondere kann ich nicht zulassen, daß ausländische Produkte beim Transport begünstigt werden. Eine solche Tarifpolitik ist nur eine Folge der Zersplitterung unseres Eisenbahnwesens; jede Eisenbahn hält nur die Bedürfnisse ihres Netzes im Auge, ohne sich darum zu kümmern, daß andere Gebiete dadurch geschädigt werden. Der Minister ist wohl befugt die Tarife zu genehmigen, aber er kann keine Aenderung des einmal Bestehenden diktiren. Ueber die Kündigung der Verbandstarife mit dem Auslande wird Ihnen eine Denkschrift zugehen. Diese Vorlagen werden uns ja noch beschäftigen, halten Sie darum an dem Einen fest: Es handelt sich darum, die Eisenbahnen zurückzuführen in den Dienst des Landes aus der Hand der Spekulation, sie nutzbar zu machen für die Vertheidigung des Landes und Hebung des Wohlstandes. Ich müßte mich auf die Stimmung des Landes schlecht verstehen, wenn nicht diese Frage, die ich in der vorigen Session klar und deutlich ausgesprochen habe, mit erheblicher Stimmenmehrheit aus dem Lande mir mit Ja beantwortet ist; ich hoffe, Sie werden dies auch thun. (Beifall rechts.)

Abg. v. Heyden (konservativ): Der Schwerpunkt der Etatsberathung, die diesmal schwieriger ist als jemals, liegt in der Eisenbahndebatte, die für jetzt noch zurücktreten muß. Nur möchte ich den Herrn Minister dringend bitten bei etwa noch bevorstehenden Unterhandlungen mit Privatbahnen keinenfalls Nachgebote eintreten zu lassen, als einziges Mittel, um zu verhüten, daß die Spekulation nicht in noch größerem Umfang angeregt werde. Der Abg. Richter hat gestern meine Partei aufgefordert mit der sofortigen Realisirung aller möglichen angeblichen Verheißungen vorzugehen. Aber es ist doch ein Unterschied zwischen Verheißungen und der Klarlegung wirthschaftlicher Ziele; im Uebrigen aber lehne ich persönlich entschieden ab mit allen möglichen Auslassungen in der „Provinzialkorrespondenz" identifizirt zu werden. Das Volk ist es satt, von einigen Theoretikern gesetzlich behandelt zu werden, es hat eine instinktive Furcht vor der gesetzlichen Vivisektion, es will aufathmen von der Fluth der Gesetzgebung. Das ist einer der erheblichsten Gründe des Umschwungs. (Zustimmung rechts). — Der Etat, in dem uns zum ersten Male ein Defizit etatsmäßig nachgewiesen wird, ebenso wie eine gewisse Zurückhaltung des Finanzministers in der Beurtheilung unserer finanziellen Zukunft hat uns Alle nicht angenehm berührt. Das Defizit, das sich höher oder niedriger beziffert, je nachdem man die Zahlen gruppirt, wird auf 47 Millionen Mark beziffert trotz einer Erhöhung der Gebäudesteuer um 6 Millionen, trotz 4,200,000 Verzehrung aus der Substanz an dem ehemaligen Staatsschatz, trotz Einstellung von 24 Millionen Mark Reichssteuern und erheblichen Amortisationen. Der Etat liegt einem neuen Hause vor, wir wollen keine Schärfe in die Diskussion tragen, keine retrospektive Politik treiben, wir sehen vorwärts. Ich müßte sonst sagen, daß das Defizit hervorgerufen ist durch unzeitige Steuererlasse, durch Verschwendung in allen Bauetats, durch Nichtanerkennenwollen des Defizits zur rechten Zeit. Wir würden sonst vielleicht in der Lage sein, eine Börsensteuer nicht erst in Aussicht zu haben, sondern beschließen zu können. Deshalb bitte ich den Finanzminister, diese Vorlage dem Hause recht bald zugehen zu lassen. Dabei möchte ich noch auf ein anderes geeignetes Steuerobjekt, auf die Quittungen, aufmerksam machen, nicht aus Liebhaberei für neue Steuern, wie die Liberalen wohl meiner Partei vorwerfen, sondern zur Ausfüllung einer Lücke in der Gesetzgebung und aus Gerechtigkeitsgefühl. Mit spezieller Bezugnahme auf das Justizministerium schwebt mir so Etwas vor, als ob dem Lande billige Justiz versprochen worden sei; ich bin anderer Ansicht und glaube, der Minister werde bald genug gezwungen sein, einen erheblichen Theil des Bedarfs in Anspruch zu nehmen, der sonst vielleicht für das Kultusministerium hätte disponibel gemacht werden können. Doch ist die Zeit zu einem abschließenden Urtheil noch nicht gekommen. Die Forderung von 5 Millionen für Stromregulirungen ist mir trotz der schlechten Finanzlage sympathisch, nur möge man nicht blos auf die großen Kanalnetze, sondern auch auf die kleinen Projekte Rücksicht nehmen, welche die Landwirthschaft und das landwirthschaftliche Gewerbe zu heben geeignet sind. Das auf 47 Millionen bezifferte Defizit wäre noch erheblich größer, wenn die aus der Finanzreform des Reiches für uns resultirenden 24 Millionen uns nicht zuflössen; ob 24 Millionen oder 30 oder wieviel sonst, mag momentan unerörtert bleiben, denn Ihre Aufstellung (links) ist doch auch nur Hypothese. Dem Wunsche des Abg. Rickert, die Reichstags-Debatten den Landtags-Debatten vorgehen zu lassen, kann man nur beipflichten. Was die Stellung meiner Partei zum Defizit anlangt, so ist die Deckung desselben im Ordinarium durch eine Anleihe allen gleich unsympathisch. Diesmal mag der Modus akzeptirt werden, aber nur im Vertrauen darauf, daß die Lage der Reichsfinanzen dem Defizit seinen dauernden Charakter nehmen wird. Ich bezweifle, daß die in den Etat eingesetzten Einnahmen aus den Domänenverpachtungen auch wirklich eingehen. Ich glaube orientirt zu sein, daß noch in den letzten Terminen bedeutende Schwierigkeiten hervorgetreten sind. Wir wollen also das Defizit mit einer Anleihe begleichen, aber mit gewisser Beschränkung; nicht eine neue Anleihe wollen wir bewilligen, sondern aus den Ersparnissen in den Eisenbahn-Vorlagen im Betrage von 70 Millionen, von denen bis jetzt nur 32 Millionen in Anspruch genommen sind, soll das Defizit gedeckt werden. Die Ausgabe von 30 Millionen Schatzweisungen wollen wir in diesem Jahre nicht beanstanden; doch liegt wohl die Erwägung nahe, ob nicht der Hinterlegungsfonds in der Lage sein wird, die Ausgabe von Schatzanweisungen entbehrlich zu machen. Zum Steuererlaß übergehend, erachte ich es zunächst als eine komische Fügung, daß wir hier über einen Steuererlaß diskutiren sollen, während wir es mit einem Defizit zu thun haben. Gegen die Fixirung habe ich nichts zu erinnern, dagegen erhebliche Bedenken gegen die zur Disposition stehenden Summen überhaupt. Wir wollen Mangels Verwendung der zur Disposition stehenden Summen zur Begleichung des Etats einen Erlaß der Klassen- und Einkommensteuer; doch wollen wir keine eventuelle Disposition zum Erlaß der Steuern und deshalb muß meines Erachtens, wenn man eine Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer will, diese uno actu mit der Klassensteuer verbunden werden. Vielleicht entspräche es auch der Sachlage, wenn in dem gesetzlich festzustellenden Erlasse von vornherein gesagt wird, 50 Prozent kommen auf Klassensteuer und 50 Prozent auf Ueberweisung. Es ist unser dringender Wunsch, daß der Begriff des Sparens, der vor Jahren einmal den Bevölkerungskreisen zugerufen worden ist, auch von oben herab wieder voll zur Geltung komme, zunächst in unserem Lande, aber wir hoffen davon auch eine gewisse Rückwirkung auf das Reich. (Sehr gut! rechts.) Auch die Postpaläste sind vom Ueberfluß!

Abg. v. Huene (Centrum): Der Abg. Richter hat den Nothstand in Oberschlesien mit der Erhöhung des noch gar nicht in Kraft getretenen Roggenzolles auf 1 Mark in Verbindung gebracht, obwohl jener Nothstand nur von der unbeschreiblich traurigen Kartoffelernte herrührt. (Richter: Das habe ich ja selbst gesagt.) Sein Bedauern, daß in der Thronrede das Unterrichtsgesetz nicht erwähnt ist, können wir im Centrum nicht theilen; wir hoffen, daß die Vorarbeiten, die augenblicklich im Kultusministerium fertig liegen, einer so gründlichen Umarbeitung in anderer Luft, als der bisher dort herrschenden, unterzogen werden, daß es zur Vollendung dieses Gesetzes noch geraumer Zeit bedarf. Die früher seitens der Regierung gemachten und jetzt nicht gehaltenen Versprechungen waren mir seiner Zeit auch nicht sympathisch; man soll nicht versprechen, wenn man leere Taschen hat. Aber diese leeren Taschen rührten nur von der bisherigen Finanzpolitik her, die ich wohl als die liberale bezeichnen kann. Auch die Konservativen haben dem Winke des Ministers folgend immer Ausgaben bewilligt. Der interessante Bericht der Budgetkommission vom v. J. stellt sich als Konkursanmeldung des liberalen Systems dar. (Lebhafter Widerspruch links.) Wir haben in der Milliardenzeit das Budget von außergewöhnlichen Ausgaben anschwellen lassen, die nicht durch natürliche eigene Einnahmen, sondern durch ausländisches Geld gedeckt wurden. Jetzt hat man sich an diesen Zuschnitt gewöhnt, viele damals angefangene Unternehmungen mußten fortgeführt werden. Auch in den Kommunen hat die liberale Wirthschaft die Leute gerade so belastet, wie im Staat. Wir haben daher nicht blos die Aufgabe, neue Steuerquellen zu eröffnen, sondern vor Allem in den Ausgaben zu sparen. Unser Defizit beträgt 47 Millionen, ohne die Zuschüsse des Reiches wäre es noch um 24 Millionen größer. Der Etat von 1878—79 zählt unter den Einnahmen, welche nicht aus den regelmäßigen, der Steuerkraft entspringenden Einnahmequellen fließen, nach dem jetzt ermittelten Abschluß 12 Prozent der Ausgaben. Was die 29 Millionen für Bauten im Extraordinarium des vorliegenden Etats betrifft, so sind diese Bauten allerdings von diesem Hause, aber nur auf dringende Vorstellung seitens der Regierung bewilligt worden. Ich habe in der Budgetkommission immer mit allen Kräften gegen diese übermäßigen Bewilligungen gearbeitet. (Abg. Richter: Wir auch!) Auch bei der Bewilligung von Geldern für Stromregulirungen muß uns durch Vorlegung von Denkschriften und Plänen die Garantie dafür geboten werden, daß das Geld nicht ins Wasser geworfen wird. Die Sparsamkeit in der Verwaltung, welche der Minister rühmte, haben wir bisher nicht gespürt. Die Minderausgaben in der Eisenbahnverwaltung beweisen dafür Nichts, denn sie stehen in naturgemäßem Zusammenhange mit den geringeren Transportmengen. Bezüglich der Verwendung der Ueberschüsse aus den Reichseinnahmen fragt es sich, ob das vorliegende Gesetz der vorjährigen Verständigung zwischen dem Hause und der Regierung entspricht. Wir glaubten damals, daß die Verhandlungen im Reichstage nicht zur gänzlichen Abschaffung, wohl aber zu einer Verminderung der Matrikularbeiträge führen würden. Diese Verminderung, für welche wir die Matrikularbeiträge von 1879—80 als Maßstab nehmen, sollte zur Erleichterung der direkten Steuern verwendet werden. Nach der Wendung, welche die Dinge genommen, ist aber eine Verminderung der Matrikularbeiträge nicht eingetreten. Nun hatte aber das Reich, als wir im vorigen Jahre jenen Beschluß faßten, nur 105 Millionen Mark Einnahmen aus den Zöllen, während diese Einnahmen durch den Reichstagsbeschluß auf 130 Millionen fixirt sind. Was die Differenz von 25 Millionen betrifft, so kann man sagen: Der Satz ist erst nachträglich fixirt, folglich müssen wir uns mit dem begnügen, was das Reich uns aus seinen Einnah-

men nach Zurückbehaltung der 130 Millionen überläßt. Man kann aber auch die Differenz für unseren Etat in Anspruch nehmen, weil die Reichseinnahmen bei unserem damaligen Beschluß diese Höhe nicht hatten, mithin durch uns die Differenz aufgebracht werden mußte. Ich will mich heute für keine dieser beiden Auffassungen entscheiden (Rufe links: Schade!); ich halte dies nur für eine Rechtsfrage. Durch unseren Beschluß im Februar d. J. hatten wir jedenfalls, wie die Verhandlungen in der Budgetkommission ergaben, die Absicht, die Quotisirung der direkten Steuern anzubahnen, wenn auch die Regierung jetzt in Abrede stellt, daß dies ihre Absicht gewesen sei. — Meine Partei ist vollständig darüber klar, daß die Eisenbahnvorlagen für unser Budget in formeller, materieller und staatsrechtlicher Beziehung von einschneidender Bedeutung sind, und wir werden nach diesen Richtungen hin die Erwägungen aufs Ernsteste vornehmen. Mit der Börsensteuer sind wir im Prinzip einverstanden. (Beifall rechts.) Der Etat des Kultusministeriums ist seit 1868 von 18 Millionen auf 49 Millionen gestiegen. (Abg. Richter: Sehr gut!) Wenn das ganze Ministerium sehr gut wäre, so würde ich auch sagen: sehr gut; so aber wird damit eine ganz beträchtliche Anzahl sogenannter Kulturkampfräthe bezahlt. Wir werden daher Neubewilligungen im Ordinarium nur dann zugestehen dürfen, wenn uns das dringendste Bedürfniß nachgewiesen wird. Im Ministerium des Innern müssen auch endlich einmal die Ersparnisse der Selbstverwaltung zur Geltung kommen, von denen man uns immer gesprochen hat, von denen aber bis jetzt nichts zu bemerken ist. Die Konservativen sind ja auch mit unter der Fahne gewählt, dem Volke die Last zu erleichtern; wir im Zentrum werden nach wie vor nach dieser Richtung wirken, und den Finanzminister energisch unterstützen, wenn er auf dem Boden der Sparsamkeit sich hinstellt als Finanzminister altpreußischer Art. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Miquel: Die bisherige Debatte hat sich vorzugsweise um die Frage der Größe des preußischen Defizits und seiner Gründe gedreht. Ich kann mich mit den Antworten der Abgg. Richter und von Huene auf diese Frage nicht einverstanden erklären. Der letztere hat die Gründe des Defizits in der sogenannten liberalen Wirthschaft, in der von ihr herbeigeführten übermäßigen Ausdehnung der Bauten und Bewilligung von extraordinären Ausgaben aller Art gefunden. Meines Wissens ist aber hier keine extraordinäre Ausgabe bewilligt worden, es sei denn auf Antrag und Vorschlag der Staatsregierung. Die Konservativen haben niemals gegen solche von der Mehrheit des Hauses angenommenen Anträge gestimmt und für die bedeutsamsten derselben hat auch das Zentrum gestimmt. Auch der Abg. Rickert hat gegen die Berlin-Wetzlaer Bahn, den Kernpunkt aller weiterer Ausgaben für Eisenbahnen, gekämpft. Ich hätte solche vielleicht für die Wahlkampagne geeigneten Schlagwörter hier im Hause dem sonst so sachlichen Abg. von Huene nicht zugetraut. Aber in der Anschwellung des Extraordinariums liegen die Dinge gar nicht, sondern in der Anschwellung des Ordinariums gegenüber den schwankenden Einnahmen aus den Betriebsverwaltungen, welche ein solches Resultat wie das heutige hervorbringen mußte. Ich erkläre mich vollständig verantwortlich für die durch die Erhöhung der preußischen Beamtengehälter herbeigeführte Vermehrung der ordentlichen Ausgaben. Man kann darüber keine Reue fühlen, dieselbe war nothwendig selbst auf das Risiko eines durch Steuererhöhung zu deckenden Defizits hin. Ich akzeptire es namentlich, wenn man die Erhöhung der Lehrergehälter und Lehrerpensionen liberale Politik nennt. In dieser Beziehung ist vielleicht noch nicht genug geschehen. (Sehr wahr!) Die Gehälter unserer Beamten sind nicht zu hoch, aber wir haben zu viel Beamte; die Hoffnungen, die man in dieser Hinsicht an die Selbstverwaltung, an die Heranziehung so vieler unbesoldeter Elemente zur Staatsverwaltung geknüpft hat, sind in keiner Weise zur Wahrheit geworden, ebensowenig die auf die Verminderung des Schreibwerks, des Dekretirens, Kontrolirens und Reglementirens, welches im Uebermaß in Preußen getrieben wird, gerichteten Hoffnungen. Auf die Verwirklichung derselben müssen wir die Staatsregierung hinweisen, erforderlichen Falls hindrängen. Ich will es begrüßen, wenn in dieser Beziehung die konservative Aera, die ja nun losgebrochen sein soll, mehr Glück haben wird als wir, die wir freilich in dieser Hinsicht niemals die Mehrheit gebildet haben und dennoch für Alles verantwortlich gemacht werden. Dieses Ziel ist nur zu erreichen durch eine Aenderung des Systems der Geschäftsvertheilung, wodurch dieselbe gleichmäßiger unter den verschiedenen Bureaux wird. Man muß ferner zu diesem Zwecke jeder Behörde von oben bis unten eine bestimmte Kompetenz geben, für die sie voll verantwortlich ist, innerhalb denen sie aber auch allein entscheidet, man muß nicht die kleinsten Dinge immer von oben regieren wollen, so daß häufig die Kontrolle mehr kostet, als der Gegenstand werth ist. Viel wichtiger ist und wird die finanzpolitische Behandlung des Ordinariums der Einnahmen. Wenn der preußische Staat schon jetzt durch seine großen Betriebsverwaltungen einen außerordentlich schwankenden Etat in Einnahmen und Ausgaben hat, wenn auf die sieben fetten Jahre fast regelmäßig sieben magere Jahre folgen, so muß der Staat wie jeder solide Private Einrichtungen treffen, durch welche die Landesvertretung und die jeweilige Regierung gezwungen wird, eine Ausgleichung stattfinden zu lassen zwischen den außerordentlichen Schwankungen in der Höhe der Einnahmen der Betriebsverwaltungen in guten und in schlechten Jahren. Ich werde auf diesen Punkt zur Zeit nicht näher eingehen und nur daran erinnern, daß, wenn wir unsere Schulden im Ordinarium um ein Kapital von 500 Millionen Mark durch Erwerbung der Eisenbahnen erhöhen sollten, während wir auf der anderen Seite das Risiko der schwankenden Einnahmen, das bisher von den Aktionären getragen wurde, übernehmen, eine solche vorsichtige Finanzpolitik drei Mal nöthig ist. Auf diesen Punkt werden wir bei den Eisenbahnvorlagen näher zurückkommen. Gegenüber den Gefahren, daß in Jahren geringer Betriebseinnahmen gegenüber den dauernden hohen Ausgaben im Ordinarium die Staatseinnahmen sich nicht ausreichend erweisen, haben meine politischen Freunde seit lange die Nothwenigkeit in der Beweglichkeit der einen oder anderen Steuer empfohlen. Allerdings hat das vorliegende Gesetz den Charakter einer Anbahnung der Beweglichleit der Personalsteuern, denn die Höhe des Erlasses der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer richtet sich ja nach der Höhe der zur Disposition stehenden Beträge. Hierbei haben aber die Staatsfinanzen nur den Schaden, sie müssen nämlich erlassen in allen Fällen, wenn ein Ueberschuß da ist, sie haben aber nicht den Vortheil, daß sie auch in einzelnen Jahren Erhöhungen vorübergehender Art durch die Quotisirung bekommen können, was doch ebenso nothwendig ist, wie ein Erlaß. Das kommt daher, wenn man sich vor einer kleineren organischen Maßregel scheut und durch den Gang der Umstände gezwungen wird, an einem Punkte nachzugeben. Der Schaden dieser Regierungsvorlagen liegt ferner darin, daß der Erlaß einfach ein Akt der Verwaltung ist und nicht des Beschlusses dieses Hauses, daß wir also nur gewissermaßen die Negative in dem Gesetze haben. Bei der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer verliert dadurch das Haus seinen naturgemäßen Einfluß auf die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen. Ich erkläre offen, wenn es auch nicht populär ist, ich schwärme nicht gerade für den Erlaß der Klassensteuer. Die Regierung und der Landtag haben allerdings gegenüber der Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel, welche durch die vom Reichstage beschlossenen neuen indirekten Steuern hervorgerufen ist, die ärmeren Volksklassen von den direkten Steuern zu entlasten. Man erreicht dieses Ziel aber viel richtiger, wenn man, statt verheirathete und unverheirathete Leute, kinderreiche und kinderlose Familienväter, bemittelte und unbemittelte Arbeiter über einen Kamm zu scheeren, das Schulgeld da, wo es noch erhoben wird, erläßt. So erfolgt eine der Mehrbelastung entsprechende Entlastung, ohne daß große Schichten der Bevölkerung aus jeder Verbindung mit dem Staate losgelöst werden, wie es durch die Aufhebung der Klassensteuer geschieht. Ich erkenne aber die Schwierigkeit der allgemeinen Regelung dieser Frage an, da in vielen Städten und Provinzen schon jetzt kein Schulgeld mehr in den Volksschulen erhoben wird, und wir werden später auf diese Frage zurückkommen müssen. Für jetzt akzeptire ich aber auch den mir entgegengebrachten Erlaß der Klassensteuer. Es giebt aber auch noch andere Arten, die mittleren Klassen von der vielfach stattfindenden Ueberlastung zu befreien. So ist unsere Gewerbesteuer, ohne ihren Gesammtertrag zu vermindern, sehr reformbedürftig, da dieselbe das Handwerk im Verhältniß zur Großindustrie zu sehr belastet. Der kleine Schuhmacher mit wenig Gehülfen zahlt dieselbe Gewerbesteuer, wie ein Fabrikant, der so viel Schuhe fabrizirt wie 50 Gehülfen. Auch mit der Ueberweisung eines Theils der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen bezwecke ich die unteren und mittleren Klassen von den direkten Steuern zu entlasten. Unsere Kommunen sind zweifellos überlastet und ihre Steuern drücken viel stärker als die Staatssteuern. Das kommt daher, daß viele eigentlich staatlichen Aufgaben den Kommunen aufgebürdet sind, z. B. die Kosten für das höhere Schulwesen, für die Standesämter und für die Polizeiverwaltung. Aber es kommt auch daher, daß die Ansprüche der Kommunen selbst an die Kommunalverwaltung enorm gestiegen sind. Es sind auch hier unnütze Ausgaben bewilligt worden, aber auch sehr viele nützliche, wenn auch nicht rentabele. Ich bin überhaupt nicht der Meinung, daß es das Ideal eines Staatswesens und einer Kommune ist, möglichst wenig Steuern zu zahlen. Ein solches Gemeinwesen leistet auch nichts und man wird im Großen und Ganzen finden, daß die Ausgaben der Kommunen, die hauptsächlich von den besitzenden Klassen gedeckt werden, weit mehr den unteren und mittleren Klassen zu Gute kommen. Das können Sie an den Schulbudgets am besten sehen, an den Ausgaben für die Armenverwaltung und die Sanitätspolizei. Durch die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer unterstützen Sie die Kommunen in diesen ihren Aufgaben. Sie entlasten dadurch die unteren und mittleren Klassen besser, als es der Staat durch Erlaß der Klassensteuer vermag. Die natürlichste Besteuerung innerhalb der Kommune ist die Heranziehung des Grundbesitzes, dessen Werth mit dem Gedeihen und dem Verderb der Kommune unzertrennlich verknüpft ist, während der Staat mehr auf das mobiliare Vermögen, auf das Reineinkommen angewiesen ist. In diesem Sinne wünsche ich das vorliegende Gesetz gefaßt zu sehen. In Betreff der konstitutionellen Frage ist das vom Abg. Rickert Gesagte nicht widerlegt worden. Der Betrag, welcher zur Disposition des Abgeordnetenhauses behufs Verminderung der direkten Steuern steht, setzt sich aus zwei Faktoren zusammen, aus der über eine bestimmte Höhe hinaus vom Reiche stattgefundenen Ueberweisung baarer Mittel an die Einzelstaaten und aus der Verminderung der Matrikularumlagen. In beiden Fällen würde der dadurch entstehende Ueberschuß unzweifelhaft nach der Erklärung der Kabinetsordre zur Entlastung von den direkten Steuern oder zur Ueberweisung der Grundsteuer an die Kommunen, falls nicht das Abgeordnetenhaus anders bestimmt, zu verwenden sein. Ich finde allerdings im ersteren Falle in der Vorlage ein Omissum, über das wir uns mit der loyal gesinnten Regierung werden verständigen müssen. Wir werden uns in künftigen Jahren oft fragen müssen ob das vorhandene Superfluum zu irgend einem fühlbaren Steuererlaß ausreicht und ob es sich nicht eher empfiehlt, es zu nützlichen Zwecken zu verwenden. Diese Erwägung dürfte aber durch die Vorlage in der jetzigen Form nicht eintreten. Hier muß ebenfalls eine Aenderung dahin eintreten, daß die Etatisirung der jeweiligen Ueberschüsse eintreten muß. Ich hoffe, daß in diesem Sinne eine Einigung in der Budgetkommission erzielt werden wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Virchow: Ich fühle mich als langjähriges Mitglied der Budgetkommission schmerzlich berührt von den großen Hoffnungen, die von allen Seiten auf ihre Arbeiten gesetzt werden. Verwechseln Sie doch nicht die Stellung der Budgetkommission mit der Stellung des Finanzministers. Die Budgetkommission hat ja mehrere Male versucht, in einer Art von doktrinärer Entwickelung ihre Erfahrungen darzulegen und auf gewisse große Veränderungen hinzudrängen; heute werden Sie uns eine so große Aufgabe kaum zumuthen. Unsere konservative Partei hat meiner Meinung nach den großen Fehler gemacht, daß sie gerade in Bezug auf Geldsachen kein festes Prinzip vertheidigt hat. Redner geht auf die in neuerer Zeit des öfteren angezogenen altpreußischen Finanztraditionen, die er als sehr lehrreich bezeichnet, des Näheren ein, nimmt namentlich Bezug auf die gewerblichen Unternehmungen des Staates in den sechziger Jahren und die Bestrebungen seiner Partei, diesen Unternehmungen entgegenzuarbeiten, und fährt dann fort: Während das konstitutionelle System die Möglichkeit der neuen Anleihen und Steuern nicht blos als Möglichkeit gebracht, sondern auch in bitterer Weise verwirklicht hat, hat der Staat mehr und mehr sein gewerbliches System ausgedehnt, und wir stehen nunmehr vor der Frage, ob wir die größte wirthschaftliche Revolution, die überhaupt vielleicht in unserem Staate gedacht werden kann, ohne Weiteres mitmachen und bestätigen sollen. Es ist ungemein bequem, immer neue große Eisenbahnen zu bauen, wenn man dafür konsolidirte Eisenbahnpapiere ausgeben kann und nicht nöthig hat, irgend ein Amortisationskapital zu schaffen. Schon jetzt sehen wir aus den Vorlagen, daß das Beste, was zunächst herauskommt für den Herrn Finanzminister, die Besitznahme der Reservefonds der Privatbahnen ist. (Sehr gut!) Wenn es wahr ist, daß diese Majorität, die wir vor uns sehen, entschlossen ist, das Staatsbahnsystem anzunehmen, dann rathe ich dringend, führen Sie wenigstens in strenger und durchgreifender Weise das Amortisationssystem wieder in unser Schuldwesen ein. Redner gedenkt sodann des engen Zusammenhangs der Reichs- und Staatsfinanzen, weist die Vorwürfe des Abg. v. Huene gegen das liberale System und die als liberal bezeichneten Minister zurück, die man alle — Falk, Achenbach, Hobrecht, Friedenthal und am Ende gar noch Leonhardt der liberalen Partei zuschieben wolle, und führt aus, daß die Sympathien der linken Seite des Hauses, deren sich die dahingegangenen Minister erfreuten, oft mehr den Männern, als dem Prinzip gegolten haben, das sie vertreten, jedenfalls hätten dieselben sich einigermaßen zum konstitutionellen Prinzip bekannt. Für das, was jetzt Gesetz ist, führt Redner weiter aus, sind nicht etwa ausschließlich die liberalen Parteien verantwortlich zu machen. Man hat auf dem Wege des Kompromisses immer nur gewisse halbe und viertel Dinge erreicht, und eine Menge anderer Dinge mit in den Kauf nehmen müssen, die man eigentlich nicht haben wollte. Wir haben nicht *ein* Gesetz, das aus einem einheitlichen liberalen Guß entstandrn wäre (Abg. Windthorst: radikale!). Es wird mich befriedigen, wenn mir ein solches Gesetz nachgewiesen wird. Ich hoffe, Herr Windthorst wird mir nicht etwa die Kirchengesetze zuschieben wollen. Wenn ich Kultusminister gewesen wäre, so hätte ich sicherlich etwas ganz Anderes gemacht, als diese Kirchengesetze. Hat nicht die Zentrumspartei wesentlich die Verantwortung für die ohne Aequivalent der Erleichterung auferlegten neuen Steuern? Nun wollen Sie auch die Börsen- und wohl auch die Schanksteuer (Zuruf aus dem Zentrum: Gewiß!) bewilligen. Haben Sie denn dafür eine Erleichterung oder glauben Sie, weil die Börsen- oder Schanksteuer gewisse Personen trifft, die Ihnen vielleicht unangenehm sind, erweise sich die Sache als gerechtfertigt aus? Lassen Sie uns offen darauf eingehen und die Frage stellen: wann ist das Zentrum bereit, neue Steuern zu geben und wann nicht? Ich sage das nicht etwa mit Bezug auf Canossa, sondern ich meine ganz einfach, wenn gewisse Bedingungen in Bezug auf das Finanzwesen und auf wirthschaftliche Verhältnisse eintreten, wenn wird da das Zentrum Widerstand leisten und wann wird es nachgiebig sein? Die Phrase, welche auf Veranlassung des Abg. v. Huene im vorigen Jahre in die Resolution des Hauses aufgenommen worden ist: „in dankbarer Anerkennung der Vorschläge der königlichen Staatsregierung" — bezeichnet allerdings eine historische Periode in den Hoffnungen gewisser Personen. Ich weiß nicht, ob Sie (im Zentrum) weiter fortfahren wollen, Hoffnungen zu eskomptiren; es ist das im Ganzen ein schlechtes Geschäft (Heiterkeit). Es würde mir leid thun, wenn ich Sie in einem späteren Stadium wieder in derselben hülfslosen Lage wiederfände, wie ich Sie jetzt vor mir sehe (Heiterkeit. Ruf im Zentrum: Ihr Bedauern ist gar nicht nöthig!) — Nöthig ist es ja nicht, aber man kann sich dessen nicht erwehren; es ist ein allgemein menschliches Gefühl, dem man doch auch Ausdruck geben kann und zwar gerade in dem Augenblick, wo, wie ich fürchte, die Herren sich darauf vorbereiten, nicht blos die Schanksteuer und die Börsensteuer, sondern auch die Eisenbahnen preiszugeben. (Ruf im Zentrum: Abwarten!) Wir wissen, was bei dem Abwarten herauskommt; es ist uns viel lieber, wenn wir nicht abwarten brauchen. Die Eisenbahnfrage ist doch nicht eine solche, über die man sich erst in der Budgetkommission aufzuklären nöthig hat! Es ist ja gar kein Zweifel, wir haben während der Milliardenzeit und auch später in Preußen gebaut, als ob wir in Indien lebten; wir haben Gebäude aufgeführt, die weit über das Maß des Nothwendigen hinausgingen, und namentlich auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens ist mit der Ausführung kolossaler Centralbahnhöfe in einer Weise vorgegangen, daß es gar nicht mehr vergleichbar mit den Leistungen anderer Länder ist. Aber die Schuld liegt doch weniger an diesem Hause. Die Budgetkommission kann nicht selbst Gutachten einziehen, sondern muß sich an die Gutachten der vom Staate eingesetzten Behörden halten, die mehr oder weniger dem Druck des Ministers nachgeben. Die eigentliche wirkliche Kontrole fehlt dem Landtag. Da ich seit einer Reihe von Jahren an der Spitze Ihrer Rechnungskommission gestanden habe, kann ich dies bezeugen. — An den Fehlern, die wir beklagen, partizipiren auch diejenigen Minister, die Sie geneigt sind der liberalen Partei gewissermaßen zuzuschieben. Ich erinnere nur daran, daß wir während einer siebenjährigen Periode, während welcher der Minister Falk am Ruder war, nicht dazu gekommen sind, ein Unterrichtsgesetz zum Abschluß zu bringen. Das ist eine Schuld des damaligen Ministeriums, — ich sage nicht: eine Schuld des Ministers Falk — aber wenn das Ministerium wirklich ein liberales Ministerium war, wenn namentlich der damalige Finanzminister von der Größe seiner Aufgabe erfüllt war, wie konnte eine so wichtige Sache wie das Unterrichtsgesetz an den vier Millionen Mark scheitern, die Herr Camphausen nicht aufbringen zu können erklärte. Jedenfalls wäre es sehr beruhigend, wenn der jetzige Finanzminister erklären könnte, daß unter seinem Regime das Unterrichtsgesetz nicht an 4 Millionen scheitern solle, und daß die Schule in einer gewissen Zeit aus dem verkümmerten Zustande herausgehoben werden könne, in dem sie sich so lange hat behelfen müssen. Wir halten es für unmöglich, ein mit allen Verhältnissen des Staates verträgliches Finanzsystem einzuführen, so lange das jetzige Regierungssystem besteht. Ich spreche dies nicht aus Voreingenommenheit gegen den großen Staatsmann aus; ich will keine neue Methode erfinden; sie wird sich finden, wenn wir eine Regierung haben werden, die durchgreifend reformirt. Diese Reform würde sich auch auf die Armee und Marine erstrecken; denn nach meiner Ansicht kann sich dieses System des bewaffneten Friedens und des drohenden Krieges nicht halten und wir werden in Preußen kein vollständig gesichertes, regelmäßig arbeitendes System bekommen, ehe nicht nach dieser Richtung hin wesentliche Erleichterungen eingetreten sind. (Lebhafter Beifall links.)

Finanzminister Bitter: Der Vorredner hat es nicht für der Mühe werth gehalten, dem Gesetz über die Steuererlasse eine ernste Beachtung zu widmen; darüber kann ich dem hohen Hause das Urtheil überlassen. (Heiterkeit links.) Aus einem liberalen Gusse sind die von mir vorgelegten Gesetze allerdings nicht; meine Absicht ist nicht, liberale Gedanken zu zeigen, sondern nur für die Interessen des ganzen Landes einzutreten. (Unruhe links.) Der Vorredner hat ferner vermißt, daß die Quotisirung in dem Gesetze nicht zum Ausdruck gekommen sei; ich weiß nicht, wie sie hätte hineinkommen sollen, denn in der in der vorigen Session mit dem Abgeordnetenhause getroffenen Vereinbarung ist von der Quotisirung keine Rede. Der Vorredner hat von vier Millionen gesprochen, die der frühere Finanzminister für die Volksschule nicht zur Verfügung stellen konnte; nach meinen Erinnerungen handelte es sich um den vierfachen oder gar siebenfachen Betrag. Ich kann auch nicht verstehen, was er mit dem bekümmerten Zustande der Schulen meinte; nach Allem, was ich im Auslande und in Deutschland gehört, betrachtet man die preußische Schule überall als ein Muster. Wenn er dann weiter von der Beseitigung der gegenwärtigen Regierung, insonderheit des Reichskanzlers als preußischen Ministerpräsidenten gesprochen hat, so glaube ich kaum, daß diese Apostrophe bei der Mehrheit des preußischen und deutschen Volkes irgend welche Wirkung haben wird. (Beifall.) Die Haupteinwendung gegen das Gesetz, betreffend den Steuererlaß, beruht darauf, daß das Recht der Mitwirkung dieses Hauses entweder ohne Absicht oder vielleicht mit Absicht umgangen werden solle. Das ist keineswegs der Fall, wie der Wortlaut des § 1 beweist, in dessen Formulirung sich die Regierung an die Worte der Vereinbarung von voriger Session gehalten hat; diese Vereinbarung soll im loyalsten Sinne ausgeführt werden, und ohne Bedenken werden wir dazu beitragen, jeden etwaigen Zweifel vollständig zu beseitigen. Was die Grund- und Gebäudesteuer betrifft, so treten dabei große Schwierigkeiten der bestimmten Formulirung entgegen, und es muß diese Frage einem besonderen Gesetze überlassen bleiben, welches wir uns vorbehalten. Eine Verminderung der Geschäfte bei den Provinzialbehörden hat in keiner Weise stattgefunden, sondern einzelne neue Gesetze haben eher eine Vermehrung herbeigeführt, z. B. das Gesetz über die Vermögensverwaltung der Kirchengemeinden, das Hinterlegungsgesetz u. s. w. Wenn die Arbeiten nicht mehr vom grünen Tisch aus, sondern in Verbindung mit dem realen Leben gemacht werden sollen, so sind dazu Beamte in großer Anzahl erforderlich. Auch bei der Vorbereitung der Vorlagen und bei der Initiative auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung, welche eine Sache Preußens gemäß seiner Stellung im Reiche ist, kann man nicht der grauen Theorie folgen, sondern muß die Früchte vom goldenen Baum des grünen Lebens pflücken. (Heiterkeit.) Daß man in guten Jahren an die schlechten denken soll, ist allerdings unzweifelhaft, aber es ist mir nicht der Vorzug zu Theil geworden, in ein gutes Jahr einzutreten. (Heiterkeit.) Aus dem Gesichtspunkte, die Kommunen von den Ausgaben zu entlasten, die sie im Staatsinteresse leisten, ist die Schanksteuer hervorgegangen, wenn auch die Motive der Sittlichkeit dabei ebenfalls maßgebend gewesen sind. Die finanzielle Seite derselben kann nicht genau präzisirt werden; indessen haben Berechnungen ergeben, daß die gesammten Kommunalsteuern ca. 139,000,000 Mark betragen, die Schanksteuer etwa 13,000,000 Mark ergeben wird, also wahrscheinlich erheblich mehr als die Kommunen für Staatszwecke aufwenden. Wir werden gern bereit sein, uns eine genaue und sorgfältige Prüfung gefallen zu lassen und jede von Ihnen gewünschte Aufklärung zu erleichtern suchen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Ich nehme an dieser Stelle nur das Wort, weil ich durch den Abg. Virchow dazu provozirt bin und meine Antwort den Rahmen einer persönlichen Bemerkung überschreiten würde. Ich bin ganz damit einverstanden, daß die Zahl der Beamten nothwendig vermindert werden muß. Ich freue mich, daß der Finanzminister diese Tendenz wenigstens anerkennt, wenn er auch im Moment ihre Realisirung nicht für möglich hält. Wenn er die Güte hätte, als Staatsminister dahin zu wirken, daß der Kulturkampf aufhört, könnte eine ganze Reihe von Räthen im Ministerium des Kultus und in dem des Innern erspart werden. (Heiterkeit). Der Abg. Virchow sagt, er stehe den jetzigen Ministern weniger sympathisch gegenüber als den abgetretenen, theils, weil letztere ihm persönlich lieber, theils weil sie konstitutioneller gewesen seien. Was die persönliche Liebhaberei betrifft, so ist das ja seine Sache; ich bin dagegen überzeugt, daß die gegenwärtigen Minister mindestens so konstitutionell sind wie die abgetretenen. Ob aber die abgetretenen konstitutionell waren, möchte ich nicht entscheiden. (Große Heiterkeit). Für meine Person trete ich den neuen Ministern weder mit Vertrauen noch mit Mißtrauen gegenüber; ich warte ab, was sie thun. Dann hat der Abg. Virchow geglaubt, daß die Männer des Centrums etwas gethan haben, was im Widerspruch mit den ihren Wählern gegebenen Versprechungen steht. Diese Behauptung weise ich absolut zurück. Wir haben von jeher verlangt, daß die indirekte Besteuerung stärker herangezogen werde, um die direkten Steuern zu vermindern. Wir haben ferner geglaubt, daß die nationale Arbeit Schutz verlange. Der Abg. Virchow thäte besser, statt um unsere Wähler, um die

Wähler seiner Partei sich zu kümmern, die etwas abzunehmen scheinen, während die Wähler unserer Partei zugenommen haben. (Heiterkeit.) Das beweist am besten, ob wir unseren Wählern Wort gehalten haben. Wenn es darauf ankäme, nachzuweisen, wie wir bei jeder Gelegenheit den Neubewilligungen widerstritten haben, so müßte ich die ganze Periode seit 1872 durchgehen; ich könnte Ihnen dann Hunderte von Fällen zeigen, wo es Ihnen gelungen ist, uns zu überstimmen. Wenn im Reichstage die Erhöhung der Zölle gleichzeitig mit der Sparsamkeit, die wir einzuführen beabsichtigen und mit der Umwandlung der direkten Steuern hätte ausgeführt werden können, so hätte meine Partei nicht eher die Zölle bewilligt, als bis jene anderen Punkte erledigt worden wären. Da aber dort nur die indirekten Steuern und alles Andere hier verhandelt werden mußte, konnten wir nicht Zug um Zug handeln. Wir haben bei jeder Gelegenheit hervorgehoben, daß wir die Zölle nur in dem Vertrauen bewilligten, daß nun die Umwandlung und der Erlaß der Steuern eintrete, und das von der Regierung hier in loyaler Weise vorgelegte Gesetz ist der Anfang davon. Ich bin nicht der Ansicht Virchows, daß jeder Abgeordnete über die Eisenbahnfrage beim Eintritt in das Haus hätte klar sein müssen und seinen Wählern darüber Rechenschaft geben können. Ich pflege meinen Wählern solche bestimmte Versprechungen und Aussichten nicht zu eröffnen (Sehr wahr! links), sondern nur ihnen zu sagen, ich werde abwarten, was für Vorlagen wir finden und dann prüfen und sehen, was zu thun ist. So habe ich auch bezüglich der Eisenbahnvorlagen auf eine aus Kassel an mich gerichtete Anfrage geantwortet. Ich weiß wohl, daß es Männer giebt, die so gelehrt und bedeutend sind, daß sie ihre Ansichten fertig haben über Dinge, die sie noch gar nicht kennen. (Große Heiterkeit.) Ich gehöre zu diesen Menschen nicht. Was ich in abstracto über die Eisenbahnvorlagen denke, habe ich bei früheren Gelegenheiten dargelegt. Wenn es sich darum handelte, heute der Regierung einen Rath zu geben, wie sie überhaupt in dieser Frage verfahren soll, so würde ich mit der Antwort rasch bei der Hand sein. Wir stehen aber hier leider nicht vor einer rein theoretischen Frage, sondern in vielen Dingen vor abgeschlossenen Verhältnissen und es fragt sich, ob wir es für rathsam halten, diese zu beseitigen. (Abg. Richter: Eine sehr schlaue Wendung!) Wenn sie Ihnen schlau erscheint, so haben Sie sie wahrscheinlich nicht gehabt. (Große Heiterkeit.) Und dann könnte ich mir ja denken, ich weiß freilich nicht, ob die gelehrten Herren nicht anderer Meinung sind — daß man, ehe man sich über das Ja oder Nein entscheidet, versucht, ob nicht Einrichtungen zu treffen sind, welche das Bedenkliche der Staatseisenbahnen vermindern (Rufe: Aha!); vielleicht suchen wir solche Garantien, und wenn wir bis zur Erledigung dieser Vorfrage die Entscheidung aussetzen, so handeln wir, wie es einem vorsichtigen Abgeordneten geziemt. Meine Partei behandelt alle Fragen, die hier vorgelegt werden, aus diesen Fragen selbst heraus, und unser Votum wird unerschrocken abgegeben. Wir werden aber immer mit der Vorsicht gehen, die sich in der Lage eignet, wo man in einer Weise unterdrückt ist, wie es seit Jahrhunderten nicht der Fall war. In diese Lage sind wir durch Sie gebracht worden und es ist sehr menschenfreundlich, uns daran zu erinnern! Herr Virchow meint, er sei nicht schuldig an diesen Gesetzen; er hätte ganz andere gegeben. Aber er und seine Freunde waren die lautesten Vertreter dieser Gesetze und er hat persönlich für alle sechs gestimmt. Wir sind gedrückt, wie es nicht ärger geschehen kann, aber der Muth ist noch nicht gebrochen, und Sie werden an uns tapfere Männer finden; wir werden sehen, wo der Fortschritt und die Anderen bleiben, die ihre Freiheit hingegeben haben, um uns zu unterdrücken. (Beifall im Zentrum. Heiterkeit links.)

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Abgeordneter Virchow: Der Abg. Windthorst hat heute seine Redekunst, die wir alle an ihm kennen, in besonders hohem Maße entwickelt; er hat mir Dinge zugeschoben, die ich hoffe nicht gesagt zu haben. Die Verantwortlichkeit dafür, daß ich für die Maigesetze gestimmt, lehne ich nicht ab, ich habe sie als Abschlagszahlung angenommen. (Unruhe im Zentrum.) Daß die Regierung sich zu weiterem Fortschreiten auf diesem Wege nicht entschlossen hat, ist doch nicht meine Schuld, das wird wahrscheinlich später kommen.

Das Haus beschließt den vorliegenden Anträgen gemäß das Extraordinarium des Etats, den weitaus größten und wichtigsten Theil des Ordinariums, das Etatgesetz, das Anleihegesetz und das Gesetz, betreffend die Verwendung der Ueberschüsse aus den Reichseinnahmen an die Budgetkommission zu verweisen.

Schluß $3\frac{1}{2}$ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Erste Berathung der Gesetzentwürfe, betreffend die Erwerbung mehrerer Privateisenbahnen durch den Staat.)

Briefe und Zeitungsberichte.

C. **Berlin,** 9. November. [Der zweite Tag der Budgetdebatte. Graf Stolberg und Fürst Hohenlohe.] Die Budgetdebatte des Abgeordnetenhauses ist gestern zu Ende gegangen, ohne daß sie sich über das Niveau gegenseitiger Vorwürfe, auf welchem sie sich am ersten Tage hielt, am zweiten erhoben hätte. Am Freitag hatte man darüber gestritten, wer daran schuld sei, daß die Versprechungen von Steuererlassen vorläufig nicht erfüllt werden könnten; gestern stritt man darüber, wer daran schuld sei, daß wir seit mehreren Jahren und auch im laufenden wieder ein Defizit haben. Irgend ein bedeutsamer finanzpolitischer Gedanke kam dabei auf keiner Seite zu Tage, und durchweg wurde der Redekampf von denselben Persönlichkeiten geführt, welche man seit Jahren bei solchen Gelegenheiten auftreten zu sehen gewohnt ist. In dieser Beziehung haben unsere Parteien offenbar keine Ahnung davon, daß sie behufs Belebung des Interesses der Bevölkerung an den parlamentarischen Vorgängen viel besser thäten, einige Abwechselung in die Verhandlungen zubringen. Im englischen Parlament sind beide Parteien bestrebt, Novizen, von denen sich etwas erwarten läßt, sobald wie möglich ins Feuer des Redekampfs zu bringen; bei uns dagegen muß ein Neuling schon frei von der Scheu vor dem Sichvordrängen sein, um auch nur im ersten oder zweiten Jahre seiner parlamentarischen Thätigkeit zum Worte zu gelangen. Die bedeutsamste Rede der gestrigen Verhandlungen war ohne Zweifel die des Ministers der öffentlichen Arbeiten, Herrn Maybach, der noch stärker als bei seinem Auftreten in der vorigen Session den Eindruck eines Mannes machte, welcher der ihm gestellten Aufgabe durchaus gewachsen ist. Offenbar hatte die jetzt ziemlich sichere Aussicht auf Durchführung der Verstaatlichungspläne das Selbstvertrauen des Ministers erheblich gesteigert, denn er sprach noch ungleich sicherer und selbstbewußter, als in der vorigen Session. Ueberhaupt wird es gut sein, wenn man auf der liberalen Seite sich keiner Täuschung darüber hingiebt, daß in der Regierung unverkennbar in Folge der gegenwärtigen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses ungleich mehr Selbstvertrauen hervortritt, als früher. Nächst der Maybach'schen Rede war diejenige, welche am meisten Interesse einflößte, die des Herrn Windthorst, welcher durch eine spöttische Bemerkung Virchow's, das Zentrum möge nicht wieder in der Eisenbahnfrage „Hoffnungen eskomptiren“, provozirt wurde. Das Auftreten des Zentrumsführers war freilich in jeder Beziehung das Gegentheil von demjenigen des Ministers Maybach. Während dieser seinen Erfolg durch die Sachlichkeit seiner Ausführungen davontrug, suchte Herr Windthorst durch die gewagtesten Späße persönlicher Art der Nothwendigkeit, irgend etwas Sachliches vorzubringen, aus dem Wege zu gehen; aber trotz aller Witzeleien gelang ihm nicht, die außerodentliche Verlegenheit zu verbergen, in welcher er und seine Partei sich der Eisenbahnfrage gegenüber befinden, nachdem man sie bis jetzt fast ohne jede Belohnung für die Selbstverleugnung gelassen, welche sie im Reichstage geübt haben. — Das gestrige offiziös dementirte Gerücht, wonach Fürst Hohenlohe, der deutsche Botschafter in Paris, an Stelle des Grafen Otto Stolberg Vizekanzler werden und zugleich das Staatssekretariat des auswärtigen Amtes übernehmen sollte, war allerdings vielfach verbreitet. Wenn wir es trotzdem nicht erwähnt haben, so lag dies daran, daß es trotz seiner Verbreitung innerlich unglaubwürdig war. Es ist allerdings sehr möglich, daß Graf Otto Stolberg keine große Neigung mehr verspürt, auf dem Posten des Vizekanzlers weiter auszuharren; es ist möglich, daß ihm klar geworden ist, er werde den früher für eine spätere Zukunft in Aussicht genommenen Schritt vom Vizekanzler zum Kanzler doch nicht thun können, eine Meinung, welche allerdings im Laufe der Amtsführung des Grafen Stolberg sich auch in denjenigen Kreisen weit verbreitet hat, in denen man im Anfang dem vornehmen und persönlich liebenswürdigen Herrn die Befähigung zutraute, dereinst Nachfolger des Fürsten Bismarck zu werden. Personen, welche den Grafen Stolberg früher kannten, haben diese Ansicht allerdings von vornherein nicht getheilt. Indeß wenn es somit auch sein mag, daß der jetzige Vizekanzler Neigung verspürt, in das vornehme Magnaten-Privatleben zurückzutreten, welches er führte, bevor man zur Vorbereitung auf die ihm zugetraute Zukunft ihn als Botschafter nach Wien sandte, so dürfte doch zur Zeit Fürst Hohenlohe keineswegs der geeignete Nachfolger sein. In die gegenwärtige konservative Aera würde der Staatsmann nicht hineinpassen, welcher als bairischer Ministerpräsident bewiesen hat, daß er, wie im Parlament, so auch in der Regierung ein Liberaler sein will. Und Angesichts der Verhandlungen mit der römischen Kurie, die, wenn sie auch zu keinen großen positiven Ergebnissen führen sollten, doch schwerlich wieder in einen Zustand des offenen Kampfes auslaufen werden, dürfte am wenigsten Fürst Hohenlohe zu einer hervorragenden Stellung in der preußischen und Reichsregierung geeignet sein, da bekanntlich er derjenige europäische Staatsmann war, welcher zuerst die in dem Unfehlbarkeitsdogma liegende politische Gefahr erkannte und signalisirte. Fürst Hohenlohe hat als bairischer Ministerpräsident die europäischen Regierungen vergeblich aufgefordert, der Verkündigung jenes Dogmas entgegenzuarbeiten, so lange es noch Zeit war, und die Klerikalen haben ihn darum seitdem mit ihrem besten Haß beehrt. Auch wir hoffen, daß der Fürst noch einmal eine hervorragende Wirksamkeit innerhalb der Regierung entfalten werde; aber die Zeit dazu ist noch nicht gekommen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 10. November.

r. [Der Senatspräsident Uckert] vom Reichsgericht, welcher sich in unserer Stadt und Provinz einige Tage in Familienangelegenheiten aufgehalten hat, ist Sonnabend Vormittag von hier nach Leipzig urückgereist.

r. **Der hiesige Ortzsverein der Schneider** (Gewerkverein) feierte am 8. d. Mts. Abends unter lebhafter Betheiligung im Herforth'schen Saale auf der Wronkerstraße sein erstes Stiftungsfest.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 9. November. Se. Majestät der Kaiser hat dem hiesigen Komité für die Ueberschwemmten in der spanischen Provinz Murcia den Betrag von zehntausend Mark behändigen lassen.

Breslau, 8. November. Der Berliner Expreßzug ist heute Nachmittag bei dem Bahnhofe Gassen entgleist; die Bahn ist gesperrt. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Frankfurt a. M., 9. Nov. Zwischen Frankfurt und Mainz fuhren gestern Abend $7\frac{3}{4}$ Uhr bei Bischofsheim zwei Personenzüge ineinander. Drei Personen wurden getödtet, mehrere andere schwer verwundet.

Wien, 8. November. Meldung der „Polit. Korresp.“ aus Konstantinopel von heute: Der russische Botschafter, Fürst Lobanoff, ist von Livadia hierher zurückgekehrt. Der griechische Patriarch hat die Unabhängigkeitserklärung der serbischen Kirche anerkannt.

Wien, 9. November. Ein Artikel der „Montagsrevue“ erörtert die Nothwendigkeit für alle besonnenen und wahrhaft konservativen Männer der Linken des Abgeordnetenhauses, für die Wehrvorlage zu stimmen, zu deren Annahme auch nach Ansicht der Regierung eine Zweidrittel-Majorität erforderlich sei. Der Artikel führt sodann aus, daß eine Ablehnung der Wehrvorlage unzweifelhaft die Berufung der Rechten zur Bildung einer neuen Regierung und zu förderalistischen Verfassungsexperimenten führen müßte.

Pest, 8. November. Der Abg. Pazmandy veröffentlicht eine motivirte Erklärung, in welcher er seine Ueberzeugung ausspricht, daß der Finanzminister Szapary seine amtliche Stellung nicht benutzt habe, um sich persönliche Vortheile zu machen und daß derselbe das Amtsgeheimniß nicht verletzt habe. In der Affaire Szapary-Pazmandy erklären die 4 Zeugen der Betheiligten, daß dieselbe in Gemäßheit der Gesetze der Ritterlichkeit ihre Erledigung gefunden habe.

Pest, 8. November. Der Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses hat die Vorlage über die Feststellung des Heeresstandes für 10 Jahre und über das nächstjährige Rekrutenkontingent angenommen.

Paris, 9. November. Bei den heutigen Neuwahlen zum Senat wurden im Departement Charente der Marschall Canrobert mit 314 von 499 Stimmen und im Departement Hautes-Alpes Guiffrey (Republikaner) mit 140 von 241 Stimmen gewählt.

Paris, 9. November. In der gestrigen Sitzung des hiesigen Munizipalraths erklärte der Seinepräfekt Herold, daß noch vor dem 1. Oktober künftigen Jahres sämmtliche kongreganistische Schulen in Laienschulen umgewandelt sein würden.

Brüssel, 9. Novbr. Heute fand auf dem hiesigen Kirchhofe die feierliche Einweihung des Denkmals für die in den Jahren 1870 und 1871 in Belgien verstorbenen deutschen Krieger statt. Der Feierlichkeit, bei welcher der Bürgermeister, der protestantische Prediger und Andere Reden hielten, wohnten der deutsche Gesandte, die Spitzen der Behörden, Mitglieder der deutschen Kolonie, sowie eine zahlreiche Menschenmenge bei.

Petersburg, 8. November. Die „Agence Russe“ weist die Besorgnisse zurück, welche das Publikum an eine etwaige Demonstration der englischen Flotte geknüpft hätte. Sie sieht in den Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ einen unwiderlegbaren Beweis für den friedlichen und defensiven Charakter des deutsch-österreichischen Einvernehmens, in dessen Rahmen alle friedlich gesinnten Mächte eintreten könnten, unter diesen aber stehe Rußland in erster Reihe. Alle Gerüchte über russische Truppen-Konzentrirungen an der deutschen Grenze seien kategorisch als unbegründet zu erklären.

Petersburg, 9. November. Eine allerhöchste Verordnung regelt die Anwendung der Waffen durch die Polizei und Gensdarmerie während der Erfüllung ihrer Amtspflicht und verfügt, daß der Gebrauch der Waffen beim Selbstschutze gegen Bewaffnete, bei einem Anfalle in der Vertheidigung Anderer, sowie bei einem Anfalle während der Verhaftung von Verbrechern und der Verfolgung entlaufener Arrestanten zulässig sei, dagegen könne von der Waffe bei einer Berufung der Polizei und Gensdarmerie zur Wiederherstellung der Ordnung nur auf Anordnung der Polizeibehörde und zwar nach dreimaliger lauter Verwarnung der Tumultuanten Gebrauch gemacht werden.

Belgrad, 9. November. Der Fürst Milan ist heute nach Nisch abgereist, um daselbst während der Sitzungen der Skupschtina einen längeren Aufenthalt zu nehmen.

Newyork, 8. November. Der Dampfer „Denmark“ von der National-Dampfschiffs-Kompagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Newyork, 9. November. Hier eingegangene Nachrichten aus Samoa vom 21. September c. melden, daß es zwischen den Streitkräften Malietoa's und denen der früheren Regierung zu einem Zusammenstoß gekommen sei, bei welchem der erstere den Sieg davon getragen hätte. Malietoa habe im Auftrage Englands einen Vertrag mit Gordon abgeschlossen, dessen Hauptpunkt die Errichtung einer englischen Kohlen-Station und Flottendocks in einer anderen Gegend, als der von der amerikanischen Regierung gewählten bilde. — Zwischen Gordon, dem Kapitän Chandler, dem Befehlshaber des amerikanischen Kriegsschiffes „Hackawana“ und dem deutschen Konsul Weber ist eine Verabredung getroffen worden zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Apia; hiernach würde für die Munizipalverwaltung eine Regierungsbehörde eingesetzt werden, die aus den in Apia anwesenden fremden Konsuln und Residenten bestehen soll, deren Regierungen Verträge mit Samoa haben. Die Kontrahirenden erkennen Malietoa an und haben ihre amtlichen Beziehungen mit dessen Regierung aufgenommen.

Berlin, 9. Novbr. S. M. Kanonenboot „Hyäne“, 4 Geschütze, Kommandant Kapt.-Lt. v. Gloeden, ist am 23. Oktober c. in Madeira eingetroffen und hat an demselben Tage die Reise nach dem Kap Verden und Montevideo fortgesetzt.

London, 10. November. Das Hofjournal dementirt offiziell die Nachricht von der Verlobung des Großherzogs von Hessen mit der Prinzessin von Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Berlin, 9. Novbr. (Privatverkehr.) Kreditaktien 471,50 a 472,00 a 469,50, Franzosen 464,00 a 463,50, Lombarden 139, 00 nom., 1860er Loose 124,00, österr. Silberrente 61,10, do. Papierente 59,10, do. Goldrente 69,75, ungar. Goldrente 82,10 a —,— a —,—, Italiener 77,60, 1877er Russen 88,75, Russische Noten pr. ultimo 214,00 a —, — a —, —, II. Orientanleihe 59,60, III. Orientanleihe 60,25 Rumänier 42,25 a 42,00, Mainz Ludwigshafen 81,60 a 81,50, Köln-Mindener 143,50, Bergisch-Märkische 92,10, Rheinische 147,90, Kleinigkeit a 147,60 do. junge —, Oberschlesische 167,75 Diskonto-Kommandit 174,25 a 173,50 Deutsche Bank 132,25 a 132,60, a 132,50, Darmstädter Bank 141,60 a 141,40, Laurahütte 93,00 a 93,40, Hibernia u. Shamrock 70,00, Dortmunder Stammprioritäten 65,00 a 6525. Anfangs fest, schließlich durch Geschäftsstille gedrückt.

1 Uhr 45 Minuten. Nachbörse unverändert.

Frankfurt a. M., 8. November. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,34. Pariser do. 80,45. Wiener do. 173,32. K.-M.-St.-A. $143\frac{1}{2}$. Rheinische do. $147\frac{5}{8}$. Hess. Ludwigsb. 81. K.-M.-Pr.-Anth. $132\frac{3}{8}$. Reichsanl. 97. Reichsbank $153\frac{1}{2}$. Darmstb. $141\frac{1}{2}$. Meininger B. 83. Oest.-ung. Bk. 727,50. Kreditaktien*) $233\frac{3}{8}$. Silberrente 61. Papierrente $59\frac{1}{8}$. Goldrente $69\frac{7}{8}$. Ung. Goldrente $82\frac{1}{4}$. 1860er Loose $124\frac{1}{2}$. 1864er Loose 305,00. Ung. Staatsl. 187,20. do. Ostb.-Obl. II. $73\frac{3}{4}$. Böhm. Westbahn 169. Elisabethb. $151\frac{3}{4}$. Nordwestb. $119\frac{3}{4}$. Galizier 208. Franzosen*) $231\frac{1}{4}$. Lombarden*) 70. Italiener —,—. 1877er Russen $88\frac{3}{4}$. II. Orientanl. $59\frac{7}{8}$. Zentr.-Pacific 108.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien $233\frac{1}{2}$. Franzosen 231. II. Orientanleihe —. Galizier —. Ungar. Goldrente $82\frac{5}{16}$.

Frankfurt a. M., 8. November. Effekten-Sozietät. Kreditaktien $233\frac{5}{8}$. Franzosen —. Lombarden —. 1860er Loose —. Oesterreich-Galizier —,— Silberrente —. Oesterr. Papierrente —,—. Ungar-Goldrente 82. II. Orientanleihe —. III. Orientanleihe $6\frac{3}{16}$. Still.

*) per medio resp. per ultimo

Produkten-Börse.

Berlin, 8. November. Weizen pr. 1000 Kilo loko 203—240 M. nach Qualität geford. Gelber Märk. — M. ab Bahn bezahlt. F. gelber Schlesischer — M. ab Bahn bez. Regulirungspreis f. d. Kündigung 228 M. Gekündigt 13,000 Ctr. Per November 228½—227½ bez., per November-Dezember 228½—227½ bez., per Dezember-Januar —,—, per Januar-Febr. —,—, per April-Mai 238½—239—237½ bez., per Mai-Juni 240½—239½ bez. — Roggen per 1000 Kilo loko 158—181 M. nach Qualität gef. Russ. 158½—159 a. K. bez. Inländ. 173—178 M. a. B. bez. F. Russischer — M. ab Kahn bez. Regulirungspreis f. d. Kündigung 158 M. bezahlt. Gekündigt 12,000 Ctr. Per November 159—159½—159 bez., per November-Dezember 159—159½—159 bez., per Dezember-Januar 160½—1—60 bez.G., 160½ B., per Januar-Februar 163 bis 163½—163 bez., per April-Mai 168½—9—8—8½ bez., per Mai-Juni 166—8½—8 bez. — Gerste per 1000 Kilo loko 140—200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 133 bis 155 nach Qualität gefordert. Russischer 135 bis 140 bez., Pommerscher 140 bis 144 bez., Ost- und Westpreußischer 136 bis 144 bez., Schlesischer 142—146 bez., Böhmischer 142—146 bezahlt, Galizischer —,— bez. Gekündigt — Ctr. Regulirungspreis — bez. Per November 136½ M., per November-Dezember 136½ Mk., per April-Mai 147½ M., per Mai-Juni 148½ bez. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 175 bis 210 M., Futterwaare 165—174 M. — Mais per 1000 Kilo loko 146 bis 149 bez. nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bezahlt, Amerikanischer — f. W. bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 32,50 bis 30,00 M., 0: 30,00—29,00 M., 0|1: 29,00—27,00 M. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 24,25—23,00 M., 0|1: 23,00—22,00 M., per November 22,95—22,90 bez., per November-Dezember 22,95—22,90 bez., per Dezbr.-Januar 23,00—22,95 bez., per Januar-Februar 23,30 bis 23,25 bez., per April-Mai 23,80 bezahlt. Gekündigt 1000 Ctr. Regulirungspreis für die Kündigung 22,95 bez. — Oelsaat per 1000 Kilo Winter-Raps 210—235 Mark, November-Dezember —,— bz., Winter-Rübsen 205—228 M., November-Dezember —,—. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 55,6 M., flüssig —,— M., mit Faß — M., per November 55,8 M., per November-Dezember 55,8 M., per Dezember-Januar 55,8 bz., per Januar-Febr. — bez., per April-Mai 57,4 bis 57,5 bez., per Mai-Juni 57,7—57,8 bez. Gekündigt — Centner. Regulirungspreis für die Kündigung — bez., gestern — bez. — Leinöl per 100 Kilo loko 66,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 24,6 M., per Nov. 24,6—24,5 bez., per Nov.-Dezember 24,6—24,5 bezahlt, per Dezember-Januar 25,0 bezahlt, per Januar-Februar 25,7 bezahlt, per April-Mai 25,8 bez., per September-Oktober —,— bez. Gekündigt — Ctr. Regulirungspreis für die Kündigung — bez. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 58,8 bez., per November 58,3 bis 58,9—58,7 bezahlt, per November-Dezember 58,3—58,9—58,7 bez., per Dezember-Januar 58,7—57,0—58,8 bezahlt, per April-Mai 60,4 bis 60,0—60,8 bez., per Mai-Juni 60,7—61,2—61,0 bez. Gekündigt — Liter. Regulirungspreis für die Kündigung — bezahlt. (B. B.-Z.)

Stettin, 8. November. (An der Börse.) Wetter: Trübe und feucht. Temperatur + 7° R. Barometer 28,7. Wind: W. Weizen ruhig, per 1000 Kilo loko gelber inländischer 208—224 M., weißer 208—226 M., per November und November-Dezember 225 M. bez., per Frühjahr 233 M. bez. — Roggen ruhig, per 1000 Kilo loko inländischer 166—169 M., Russischer 154—157 M., per November und Novembe-Dezember 156 M. nom., per Frühjahr 162,5 M. bez. und Br., — Gerste ruhig, per 1000 Kilo loko Brau- 155—158 M., Futter- 130 bis 140 M., Chevalier 170—175 M. bez. — Hafer ruhig, per 1000 Kilo loko inländ. 130—140 M., Russischer 124 bis 132 M. — Erbsen stille, per 1000 Kilo loko Futter- 148—155 M. — Winterrübsen stille, per 1000 Kilo loko 213—235 M., per April-Mai — M. Br. — Winterraps per 1000 Kilo loko 220—240 M. — Rüböl ruhig, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 58 M. Br., per November 57,5 M. Br., per November-Dezember 57 M. Br., per April-Mai 58 M. Br., 57,5 M. Gd., kurze Lieferung ohne Faß — M. bez. — Spiritus fest, per 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 57,8 M. bez., mit Faß — M. bez., per November und November-Dezember 57,4 M. bez., per Dezember-Januar 57,5 M. Br. und Gd., per Januar-Februar 57,7 M. Br. und Gd. per Frühjahr 59,2—59,8 M. bez. — Angemeldet: Nichts. Regulirungspreise: Weizen 225 M. Roggen 156 M., Rüböl 57,5 M., Spiritus 57,4 M. bez. — Petroleum loko 11,9 M. verst. bez., 8,2 M. tr. bez., Regulirungspreis 8,2 M. tr. bez.

Heutiger Landmarkt: Weizen 210—225 M., Roggen 165—172 M., Gerste 150—165 M., Hafer 140—147 M., Erbsen 168—178 M., Kartoffeln 45—60 M., Heu 1,5—2 Mark, Stroh 18—21 M.

(Ostsee-Ztg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1879.

Datum.	Stunde.	Barometer 260 über der Ostsee.	Thermometer.	Wind.	Wolkenform.
8. Nov.	Nachm. 2	28" 1'''44	+ 6°0	WNW 2-3	bedeckt Rgh
8. "	Abnds. 10	28" 2'''99	+ 6°1	NW 2-3	bedeckt Ni.
9. "	Morgs. 6	28" 4'''00	+ 5°2	W -2	trübe Cu-st St
9. "	Nachm. 2	28" 4'''10	+ 7°6	W -2	trübe St
9. "	Abnds. 10	28" 3'''35	+ 5°7	W -2	bedeckt Ni
10. "	Morgs. 6	28" 1'''63	+ 2°1	W -2	heiter Rf.

Berlin, 8. November. Die Meldungen aus Paris hatten gestern und heute eher beunruhigend gelautet; trotzdem eröffnete die wiener Börse sehr fest, und an diese Haltung lehnte sich auch die Eröffnung des hiesigen Verkehrs an. Doch war die Haltung im Allgemeinen mehr abwartend; Kauflust fehlte, aber auch Verkäufer blieben zurückhaltend. Die leitenden Papiere, Kreditaktien und Franzosen waren unverändert und fest; Diskonto-Kommandit-Antheile und Laurahütte stellten sich Kleinigkeiten niedriger, wurden aber als fest bezeichnet und gingen mäßig rege um. Lebhafter entwickelte sich das Geschäft in Rumäniern, welche auf das Gerücht von der Erkrankung Bratianus matt lagen, aber sich mäßig erholten. Auch andere Spielpapiere zogen etwas an, blieben aber still. Russische Anleihen fanden wenig Beachtung, Noten waren ziemlich unverändert, aber fest. Die gegen baar gehandelten Aktien gingen sehr wenig um, behaupteten aber meistens ihre Course. Bessere Meinung trat heute für Darmstädter Bank auf, welche sofort höher bezahlt ward. Auch Bergwerke, namentlich Dortmunder Union, lagen fest. Auf den Anlagemarkt wirkte die unerwartet starke Ueberzeichnung der Reichsanleihe — 147 auf 30 Millionen Mark — befestigend. Besonders gute Nachfrage fanden lombardische und auf Silber lautende österreich. Eisenbahn-Prioritäten. Fremde Renten lagen still und fest, namentlich auch ungarische. Die Haltung besserte sich langsam in der zweiten halben Stunde, um später allmälig zu ermatten. Per Ultimo notirte man Franzosen 465—7—4, Lombarden 139,50—139, Kredit-Aktien 470,50—1,50—470,50, Diskonto-Kommandit 173,50—4,25. Anhalter verloren 0,65. Der Schluß war fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 8. November 1879.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	104,50 bz
do. neue 1876	4	96,90 bz
Staats-Anleihe	4	97,40 bz
Staats-Schuldsch.	3½	96,00 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	103,10 bz G
do. do.	3½	92,10 bz G
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	103,10 bz
do.	5	106,80 bz
Landsch. Central	4	97,00 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	90,75 bz
do. neue	3½	87,50 bz
do.	4	97,40 bz
do. neue	4½	
N. Brandbg. Cred.	4	
Ostpreußische	3½	86,60 bz
do.	4	96,50 bz
do.	4½	102,40 bz
Pommersche	3½	86,80 bz
do.	4	97,40 B
do.	4½	102,75 G
Posensche, neue	4	97,50 bz G
Sächsische	4	
Schlesische	3½	89,50 G
do. alte A. u. C.	4½	
do. neue A. u. C.	4	
Westpr. rittersch.	3½	86,90 bz
do.	4	96,60 G
do.	4½	101,50 bz
do. II. Serie	5	
do. neue	4	
do.	4½	101,80 bz
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	98,60 B
Pommersche	4	98,50 G
Posensche	4	98,00 bz G
Preußische	4	98,00 G
Rhein- u. Westfäl.	4	98,30 bz
Sächsische	4	98,60 bz
Schlesische	4	
Souvereignes		20,29 bz
20-Franksstücke		16,14 bz
do. 500 Gr.		
Dollars		4,18 G
Imperials		16,17 G
do. 500 Gr.		
Fremde Banknoten		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		80,55 bz
Oesterr. Banknot.		173,65 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl.		214,25 bz

Deutsche Fonds.

P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,00 bz G
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	269,50 bz B
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	131,75 bz
do. 35 fl. Obligat.	—	172,00 bz
Bair. Präm.-Anl.	4	132,25 bz
Braunschw. 20 thl.-L	—	89,50 bz B
Brem. Anl. v. 1874	4½	
Cöln.-Md.-Pr. Anl.	3½	132,40 bz G
Dess. St. Pr.-Anl.	3½	126,00 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	114,00 B
do. II. Abth.	5	111,10 bz G
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	186,90 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	181,50 bz
Mecklenb. Eisenbsch.	3½	89,50 B
Meininger Loose	—	25,20 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	118,00 bz
Oldenburger Loose	3	150,00 bz G
D.-G.-C.-B.-Pf 110	5	103,55 bz G
do. do.	4½	98,00 bz G
Dtsch. Hypoth. unk.	5	101,50 bz G
do. do.	4½	98,80 bz G
Mein. Hyp.-Pf.	5	100,50 bz G
Nrdd. Grdcr.-H.-A.	5	96,75 bz G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	93,00 bz G
Pomm. H.-B. I. 120	5	102,00 bz G
do. II. IV. 110	5	97,50 bz G
Pomm. III. rkz. 100	5	96,90 B
Pr. B.-C.-H.-Br. rz.	5	101,75 bz G
do. do. 100	5	100,00 bz G
do. do. 115	4½	99,25 bz G
Pr. C.-B.-Pfdbr. kd.	4½	100,80 G
do. unk. rückz. 110	5	110,10 G
do. (1872 u. 74)	4½	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	100,25 bz G
do. do. 110	5	102,75 bz G
Schles. Bod.-Cred.	5	103,40 bz
do. do.	4½	100,10 bz B
Stettiner Nat.-Hyp.	5	99,90 bz G
do. do.	4½	96,50 bz G
Kruppsche Obligat.	5	110,00 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. rckz. 1881	6	102,10 bz G
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	100,60 bz
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	114,40 G
Oesterr. Goldrente	4	69,90 bz B
do. Pap.-Rente	4⅕	59,25 bz G
do. Silber-Rente	4⅕	61,30 bz B
do. 250 fl. 1854	4	115,90 bz
do. Cr. 100 fl. 1858	—	328,00 bz B
do. Lott.-A. v. 1860	5	124,00 bz
do. do. v. 1864	—	305,00 bz B
Ungar. Goldrente	6	82,25 bz B
do. St.-Eisb. Akt.	5	82,00 B
do. Loose	—	187,00 bz B
do. Schatzsch. I.	6	
do. do. kleine	6	
do. do. II.	6	
Italienische Rente	5	78,00 bz B
do. Tab.-Oblg.	6	101,00 B
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	46,40 B
Russ. Centr.-Bod.	5	75,75 bz
do Engl. A. 1822	5	
do. do. A. v. 1862	5	85,70 bz
Russ.-Engl. Anl.	3	
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	87,00 bz
do. do. 1872	5	87,00 bz
do. do. 1873	5	88,10 G
do. do. 1877	5	88,90 bz
do. Boden-Credit	5	78,40 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	153,00 B
do. do. v. 1866	5	150,25 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	62,70 bz
do. 6. do. do.	5	84,75 bz
do. Pol. Sch.-Obl.	4	
do. do. kleine	4	83,50 bz
Poln. Pfdbr. III. E.	5	63,75 bz
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	56,25 bz G
Türk. Anl. v. 1865	5	11,60 bz B
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	33,25 bz

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	168,00 bz
do. 100 fl. 2 M.	167,25 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,345 bz
do. do. 3 M.	20,225 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	80,50 bz
Blg. Bkpl. 100 F. 3 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	173,40 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	172,40 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	213,00 bz
do. 100 R. 3 M.	211,90 bz
Warschau 100 R 8 T.	213,40 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4½, für Lombard 5½ pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 3½, Frankfurt a. M. 4, Hamburg —, Leipzig —, London 3, Paris 3, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	106,25 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf	4	36,00 bz G
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	57,00 B
Berl. Handels-Ges.	4	80,00 bz G
do. Kassen-Verein.	4	167,00 B
Breslauer Disk.-Bk.	4	91,90 bz G
Centralbk. f. B.	4	7,30 G
Centralbk. f. J. u. H.		63,52 bz B
Coburger Credit-B.	4	87,80 bz G
Cöln. Wechslerbank	4	100,00 G
Danziger Privatb.	4	106,00 bz G
Darmstädter Bank	4	141,00 bz G
do. Zettelbank	4	102,00 bz G
Dessauer Creditb.	4	73,00 bz B
do. Landesbank	4	124,50 bz G
Deutsche Bank	4	132,25 bz G
do. Genossensch.	4	108,00 bz B
do. Hyp.-Bank.	4	86,90 bz
do. Reichsbank.	4½	153,40 bz G
Disconto-Comm.	4	173,90 bz
Geraer Bank	4	92,30 G
do. Handelsb.	4	49,90 bz
Gothaer Privatbk.	4	95,75 bz
do. Grundkredb.	4	87,50 bz G
Hypothek (Hübner)	4	86,75 bz G
Königsb. Vereinsb.	4	89,10 G
Leipziger Creditb.	4	144,00 bz B
do. Discontob.	4	82,75 bz G
Magdeb. Privatb.	4	112,50 B
Mecklb. Bodencred.	fr.	58,50 B
do. Hypoth.-B.	4	72,00 bz B
Meining. Creditbk.	4	83,40 bz
do. Hypothekenbk.	4	90,50 bz B
Niederlausitzer Bank	4	91,50 bz B
Norddeutsche Bank	4	152,90 bz G
Nordd. Grundkredit	4	40,50 bz G
Oesterr. Kredit	4	
Posener Spritaktien	4	45,00 bz G
Petersb. Intern. Bk.	4	97,70 bz
Posen. Landwirthsch	4	63,00 G
Posener Prov.-Bank	4	107,50 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	65,00 bz G
do. Zentralbdn.	4	126,50 G
do. Hyp.-Spielh.	4	112,75 bz G
Produkt.-Handelsbk	4	79,00 G
Sächsische Bank	4	112,80 B
Schaaffhaus. Bankv.	4	89,50 bz G
Schles. Bankverein	4	102,75 bz G
Südd. Bodenkredit	4	124,00 G bz

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	118,50 G
Dannenb. Kattun.	4	20,50 B
Deutsche Baugesl.	4	58,75 G
Dtsch. Eisenb.-Bau.	4	7,90 bz G
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	47,25 bz
Dortmunder Union	4	15,50 bz B
Egell. Masch.-Akt.	4	30,00 bz G
Erdmannsd. Spinn.	4	21,50 B
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	55,60 bz G
Gelsenkirch.-Bergw.	4	115,75 bz G
Georg-Marienhütte	4	79,75 bz B
Hibernia u. Shamr.	4	69,75 bz G
Immobilien (Berl.)	4	
Kramsta, Leinen-F.	4	85,00 bz G
Lauchhammer	4	33,80 bz G
Laurahütte	4	93,50 bz B
Luise Tiefb.-Bergw.	4	59,00 bz B
Magdeburg. Bergw.	4	122,00 bz B
Marienhüt. Bergw.	4	68,90 bz G
Menden u. Schw. B.	4	78,00 bz G
Oberschl. Eis.-Bed.	4	47,40 bz G
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	75,00 bz B
Phönix B.-A. Lit. B.	4	48,75 G
Redenhütte	4	
Rhein.-Nass. Bergw.	4	78,75 G
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	22,80 bz G
Unter den Linden	4	9,90 bz G
Wöhlert Maschinen	4	18,00 bz B

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	18,00 bz B
Altona-Kiel	4	133,50 bz
Bergisch-Märkische	4	92,00 bz
Berlin-Anhalt	4	98,25 bz G
Berlin-Dresden	4	11,90 bz
Berlin-Görlitz	4	16,25 bz
Berlin-Hamburg	4	182,00 bz
Brl.-Potsd.-Magd.	4	93,90 bz
Berlin-Stettin	4	109,50 bz
Bresl.-Schw.-Frbg.	4	88,30 bz G
Cöln-Minden	4	143,30 bz
do. Lit. B.		
Halle-Sorau-Guben	4	14,10 bz
Hann.-Altenbeken	4	13,30 bz
do. II. Serie		
Märkisch-Posener	4	23,50 bz
Magd.-Halberstadt	4	142,10 bz G
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Münster-Hamm	4	98,00 G
Niederschl.-Märk.	4	98,00 B
Nordhausen-Erfurt	4	21,90 bz
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	166,90 bz
do. Lit. B.	3½	142,90 bz
do. Lit. C.	5	
Ostpreuß. Südbahn	4	50,00 bz G
Rechte Oderuferb.	4	133,40 bz
Rheinische	4	147,75 bz
do. Lit. B. v. St gar.	4	95,50 bz
Rhein-Nahebahn	4	10,25 G
Stargard-Posen	4½	102,80 bz
Thüringische	4	143,40 bz
do. Lit. B. v. St. gar.	4	95,50 bz
do. Lit. C. v. St gar.	4½	103,60 bz
Weimar-Geraer	4½	46,10 bz G
Albrechtsbahn	5	20,30 bz G
Amsterd.-Rotterd.	4	122,30 bz
Aussig-Teplitz	4	171,90 bz
Böhm. Westbahn	5	84,50 bz G
Brest-Grajewo	4	46,25 bz
Brest-Kiew	4	
Dux-Bodenbach	4	36,40 bz B
Elisabeth-Westbahn	5	75,90 G
Kais. Franz Joseph	5	65,50 bz G
Gal. (Karl Ludwig.)	5	104,25 bz G
Gotthard-Bahn	6	46,75 B
Kaschau-Oderberg	5	49,80 bz
Ludwigsb.-Bexbach	4	194,75 bz
Lüttich-Limburg	4	15,25 G
Mainz-Ludwigsh.	4	81,50 bz
Oberhess. v. St. gar.	—	
Oestr.-frz. Staatsb.	5	
do. Nordw.-B.	5	239,80 bz
do. Litt. B.	5	119,00 bz G
Reichenb.-Pardubitz	4½	45,90 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	61,40 bz G
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	4	42,60 bz
Russ. Staatsbahn	5	135,00 G
Schweizer Unionb.	4	14,30 bz
Schweizer Westbahn	4	15,50 bz
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	42,75 bz G
Vorarlberger	5	63,40 B
Warschau-Wien	4	243,00 bz G

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Altenburg-Zeitz	5	
Berlin-Dresden	5	28,90 bz G
Berlin-Görlitzer	5	61,50 bz G
Breslau-Warschau	4	
Halle-Sorau-Gub.	5	64,25 bz G
Hannover-Altenbek.	5	29,70 bz G
do. II. Serie	5	
Leipz.-Gaschw.-Ms.	5	
Märkisch-Posen	5	98,50 bz G
Magd.-Halberst. B.	3½	84,75 bz G
do. do. C.	5	116,00 bz G
Marienb.-Mlawka	5	84,75 G
Nordhausen-Erfurt	5	81,50 bz G
Oberlausitzer	5	
Ostpreuß. Südbahn	5	95,00 bz G
Posen-Creuzburg	5	64,50 bz G
Rechte Oderuf. Bahn	5	132,75 bz G
Rumänische	8	101,90 bz G
Saalbahn	3	
Saal-Unstrutbahn	5	
Tilsit-Insterburg	5	82,00 B
Weimar-Geraer	5	

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	98,25 B
do. do. II.	5	100,25 G
do. do. III.	5	100,25 G
Berg.-Märkische I.	4½	
do. II.	4½	101,25 G
do. III. v. St. g.	3½	88,30 bz
do. do. Litt. B.	3½	88,30 bz
do. do. Litt. C.	3½	84,30 bz
do. IV.	4½	
do. V.	4½	101,60 bz
do. VI.	4½	102,00 bz
do. VII.	4½	101,10 G
Aachen-Düsseldf. I.	4	95,75 B
do. do. II.	4	95,75 B
do. do. III.	4½	100,50 G
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	
do. do. II.	4½	
do. Dortm.-Soest	4	95,50 bz G
do. do. II.	4½	100,50 G
do. Nordb. Fr. W.	5	101,30 G
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	
do. do. II.	4	95,00 G
do. do. III.	4½	
Berlin-Anhalt	4	
do.	4½	101,30 G
do. Litt. B.	4½	101,30 G
Berlin-Görlitz	5	101,25 G
do. do. Litt. B.	4½	98,25 bz
Berlin-Hamburg	4	98,00 G
do. do. II.	4	98,00 G
do. do. III.	5	101,75 bz G
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	97,00 G
do. do. C.	4	97,00 G
do. do. D.	4½	101,30 G
do. do. F.	4½	101,25 B
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	96,75 B
do. do. III.	4	96,75 B
do. IV. v. St. g.	4½	103,10 B
do. VI. do.	4	96,75 B
do. VII.	4½	101,40 bz
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	100,90 bz
do. do. Litt. G.	4½	100,50 B
do. do. Litt. H.	4½	100,00 B
do. do. Litt. I.	4½	100,00 B
do. do. 1876	5	104,00 B
Cöln-Minden IV.	4	96,60 G
do. do. V.	4	
do. do. VI.	4½	101,50 B
Halle-Sorau-Guben	4½	102,75 G
do. do. C.	4½	
Hannov.-Altenbk. I.	4½	100,20 bz B
do. do. II.	4½	99,90 B
do. do. III.	4½	100,75 G
Märkisch-Posener	4½	101,00 B
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1865	4½	101,00 G
do. do. de 1873	4½	100,80 bz
do. Leipz. A.	4½	103,10 G
do. do. B.	4	95,60 bz G
do. Wittenberge	4½	101,25 bz
do. do.	3	84,50 B
Niederschl.-Märk. I.	4	98,40 B
do. II. a 62½ thlr.	4	
do. Obl. I. u. II.	4	97,75 G
do. do. III conv.	4	
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	
do. D.	4	96,80 G
do. E.	3½	89,25 G
do. F.	4½	102,75 bz G
do. G.	4½	102,25 G
do. H.	4½	102,75 G
do. v. 1869	4½	102,25 B
do. v. 1873	4	96,50 B
Oberschles. v. 1874	4½	102,00 B
do. Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	101,70 bz G
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	4½	100,25 G
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Rechte-Oder-Ufer	4½	102,00 bz G
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	101,60 G
do. v. 1862, 64	4½	101,60 G
do. v. 1865	4½	101,60 G
do. 1869, 71, 73	4½	101,70 bz
do. v. 1874,	5	101,90 G
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	102,80 G
do. II. do.	4½	102,80 G
Schlesw.-Holstein	4½	103,00 G
Thüringer I.	4	
do. II.	4½	
do. III.	4	
do. IV.	4½	101,90 G
do. V.	4½	101,90 G

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	80,40 G
Gal. Karl-Ludwig I.	5	89,00 bz B
do. do. II.	5	87,40 bz G
do. do. III.	5	87,25 bz G
do. do. IV.	5	87,25 G
Lemberg-Czernow. I.	5	73,20 G
do. II.	5	75,30 bz
do. III.	5	69,70 bz
do. IV.	5	67,20 bz B
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	27,90 bz
Mainz-Ludwigsb.	5½	
do. do.	3	
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	361,10 bz G
do. Ergänzsb.	3	347,75 G
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	102,60 bz
do. II. Em.	5	102,60 bz
Oesterr. Nordwest.	5	83,75 bz B
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	79,00 G
do. Geld-Priorit.	5	
Kronpr. Rud.-Bahn	5	76,50 bz G
do. do. 1869	5	74,80 bz
do. do. 1872	5	74,60 G
Rab-Graz Pr.-A.	4	87,60 bz G
Reichenb.-Pardubitz	5	73,10 G
Südösterr. (Lomb.)	3	254,00 bz
do. do. neue	3	253,60 bz G
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	87,75 bz
Brest-Grajewo	5	84,00 bz B
Charkow-Asow g.	5	91,80 bz
do. in Lstr. a 20 40	5	
Chark.-Krementsch.	5	88,50 G
Jelez-Orel, gar.	5	90,50 bz G
Koslow-Woron. gar	5	94,50 G
Koslow-Woron, Ob.	5	78,10 bz
Kursk-Chark. gar.	5	91,00 bz
K.-Chark-As. (Obl.)	5	80,75 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	96,25 bz
Losowo-Sewast.	5	78,75 B
Mosko-Rjäsan	5	100,25 bz
Mosk.-Smolensk	5	92,75 B
Schuja-Iwanow.	5	91,10 bz G
Warschau-Teresp.	5	93,75 G
do. kleine	5	94,00 B
Warschau-Wien II.	5	100,80 bz
do. III.	5	99,80 G
do. IV.	5	96,25 bz
Zarskoe-Selo	5	73,25 G

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.